



## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Björn Teuteberg	FDP	entschuldigt

### **sachkundige Einwohner**

Frau Kerstin Beyer	Behindertenbeirat	entschuldigt
Herr Kai Weber	SPD	nicht teilgenommen
Herr Rudi Wiggert	SPD	entschuldigt

#### Gäste:

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung)  
Herr Lehmann (Stadterneuerung)  
Herr Weise (Geschäftsstelle Bauen)  
Herr Finken (Vorsitzender des Stadtverbandes Innenstadt Nord) zu TOP 3.3  
Frau Neuert (BI Friedrichs Acker) zu TOP 3.6

#### Niederschrift:

Frau Kropp

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.02.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2013/2014  
Vorlage: 12/SVV/0888  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
OBR
  - 3.2 Flächen für den Wohnungsbau  
Vorlage: 13/SVV/0025  
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP

- 3.3      Bebauung des Quartiers "Rote Kaserne West"/ B- Plan für das Bornstedter Feld  
Vorlage: 13/SVV/0026  
Fraktion CDU/ANW
  
- 3.4      Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 "GeoForschungsZentrum Potsdam",  
Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung und Ergänzung  
Vorlage: 13/SVV/0029  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
KOUL
  
- 3.5      Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 42-1  
Vorlage: 13/SVV/0058  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
KOUL
  
- 3.6      Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 124  
Vorlage: 13/SVV/0059  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
KOUL
  
- 4         Haushalt
  
- 4.1      Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre  
2013/2014  
Vorlage: 13/SVV/0043  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
  
- 4.2      Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013  
Vorlage: 13/SVV/0030  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
  
- 4.3      Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept)  
Vorlage: 13/SVV/0045  
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung  
Mitteilungsvorlage
  
- 5         Mitteilungen der Verwaltung
  
- 5.1      Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 24.1.2013  
bis 06.02.2013  
Bereich Bauordnung

**Protokoll:**

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.02.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 12.02.2013 erfolgt der Hinweis von Herrn Dr. Bauer, dass er im Nachgang der vergangenen Sitzung die Verwaltung gebeten habe, die angesprochene Studie, welche zu verkehrstechnischen Veränderungen für den Bereich Breite Straße und Dortustraße erstellt wurde, an die Ausschussmitglieder zu übermitteln. Dies ist bislang noch nicht erfolgt.

Die Verwaltung sichert zu, diese nachzureichen.

Ansonsten gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 7 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegen folgende Anträge auf Rederecht vor:

Von der CDU/ANW-Fraktion zum  
TOP 3.3 13/SVV0026 Bebauung des Quartiers "Rote Kaserne West"/B-Plan für das Bornstedter Feld  
für Herrn Matthias Finken (Vorsitzender des Stadtverbandes Innenstadt Nord)

und

von der Fraktion B90/Grüne

zum TOP 3.6

für Frau Neuert (BI Friedrichs Acker).

Zugleich hat die antragstellende Fraktion mitgeteilt, dass der Titel des Antrags 13/SVV/0059 falsch sei, nicht B-Plan 124 sondern korrekt

"Aufstellungsbeschluss für die Änderung der Bebauungspläne Nr. 9 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam- Nord/Friedrichspark Teilbereich

Uetz-Paaren" (OT Uetz-Paaren) und Nr. 7 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn" (OT Satzkorn)"

Weiterhin erklären sich Herr Pfrogner zum TOP 3.1 und Herr Kühn zum TOP 3.3 befangen und werden an der Diskussion nicht teilnehmen.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2013/2014**

**Vorlage: 12/SVV/0888**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
OBR

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage, die auch in die Ortsbeiräte überwiesen worden ist, ein. Sie berichtet, dass aus den Ortsbeiräten keine Einwendungen erfolgt sind. Die Ortsbeiräte Marquardt, Uetz-Paaren und Neu-Fahrland tagen erst heute bzw. übermorgen, so dass vorgeschlagen wird, die Abstimmung heute vorbehaltlich der noch ausstehenden Voten durchzuführen.

Frau Holtkamp erinnert an die seit Jahren in regelmäßigen Abständen zur Bestätigung vorgelegte Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung macht aufmerksam, dass aufgrund des dringenden Bedarfs an neuen Wohnbauflächen das neu eingeführte Kriterium "Wohnungsbaupotenziale" zu einer entsprechenden Gewichtung größerer zügig zu aktivierender Wohnbauflächen beitragen soll. Auf die neu in die jeweilige Prioritätenstufe aufgenommenen Verfahren (in der Vorlage im Fettdruck dargestellt) geht Frau Holtkamp erläuternd ein.

Zur Rückfrage von Herrn Kirsch, weshalb beim B-Plan 41 "Medienstadt Babelsberg , 5. Änderung keine private Kostenübernahme erfolgt, teilt Frau Holtkamp mit, dass der private Grundstückseigentümer nicht bereit sei, sich dieser Planung zu widmen. Von daher wird das Planverfahren durch die Verwaltung finanziert.

Frau Hüneke behält sich vor, zu den in der Prioritätenliste 2 befindlichen B-Plänen 7 und 9 "Gewerbe-und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn bzw. Teilbereich Uetz-Paaren, 2. Änderung ggf. zur Stadtverordnetenversammlung Änderungsbedarfe vorzubringen.

Die Vorlage wird vorbehaltlich der Voten der Ortsbeiräte unverändert zur Abstimmung gestellt:

Die Abstimmung erfolgt vorbehaltlich der noch ausstehenden Voten der Ortsbeiräte Marquardt, Uetz-Paaren und Neu-Fahrland.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordneten-

versammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Prioritäten im Bereich Verbindliche Bauleitplanung für die Jahre 2013 bis 2014 gemäß der in Anlage 1 dargestellten Kurzübersicht auf Grundlage der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.03.2001 zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung (DS 01/SVV/059/2) getroffenen Festlegungen und dazu nachfolgender Beschlüsse.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>8</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 3.2 Flächen für den Wohnungsbau**

**Vorlage: 13/SVV/0025**

Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP

Herr Lehmann bringt den Antrag ein. Intention dieses Antrages ist es zu ermitteln, wo es Flächen gibt, die entwicklungsfähig wären und wo Potenziale vorhanden sind.

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) geht auf die im Antrag genannte Beantwortung der Kleinen Anfrage 12/SVV/0650 "Flächen für den Wohnungsbau" ein und stellt dar, dass hier bereits auf die Differenzierung eingegangen worden ist. Eine Differenzierung zwischen einer sogenannten Minimal- oder Maximalvariante kann jedoch nicht zur Lösung beitragen. Nicht immer stellt die höchste Dichte die bestmögliche Lösung für den Wohnungsbau dar, da diese nur auf Kosten der Wohnqualität erreicht werden könne.

Weiterhin macht Frau Holtkamp aufmerksam, dass teilweise bereits Beschlüsse gefasst worden sind, z.B. im Bereich Garagenstandort Schäferfeld.

Die Verwaltung ist im Moment dabei ein sogenanntes Wohnungsneubauflächenprogramm zu entwickeln, welches voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2013 vorgestellt wird.

Herr Lehmann greift diesen Hinweis der Verwaltung auf und stellt den Antrag 13/SVV/0025 solange zurück, bis die angekündigte Vorlage der Verwaltung vorgelegt wird.

**zu 3.3 Bebauung des Quartiers "Rote Kaserne West"/ B- Plan für das Bornstedter Feld**

**Vorlage: 13/SVV/0026**

Fraktion CDU/ANW

Herr Finken (Vorsitzender des Stadtverbandes Innenstadt Nord) nimmt das Re-

derecht wahr. Er betont, dass der Volkspark ein beliebtes Ziel für Freizeit und Erholung sei und schlägt zu den vorliegenden Plänen folgende Alternativen zur Entwicklung eines Gesamtkonzeptes vor:

1. Volksparkverträgliche Bebauung westlich der Georg-Herrmann-Allee, da der Park für Freizeit, Breitensport und Erholung allen Potsdamern zu Gute kommt.
2. Bau der geplanten weiterführenden Schule für den Potsdamer Norden
3. Bedarfsentsprechend Bau einer weiteren Grundschule mit Sportplatz und Sporthalle, die auch für den Breitensport zur Verfügung stehen sowie Bau eines Lehrschwimmbekens
4. Bau einer ausreichend großen Jugendfreizeiteinrichtung, die auch als Begegnungs- und Veranstaltungsstätte für das Wohngebiet genutzt werden kann.
5. Erhalt des Zirkus Montelino
6. Stadtplatz mit Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gastronomieangebot
7. Einbeziehen der Biosphäre als Multifunktionshalle in die Gesamtplanung.

Herr Lehmann bringt den Antrag ein. Ziel des Prüfauftrages ist es, die von Herrn Finken vorgetragenen Überlegungen in die Prüfung mit einfließen zu lassen.

Herr Lehmann (Stadterneuerung) geht anhand des Planes erläuternd auf den B-Plan "Rote Kaserne West" ein. Der eine Teil ist für die weiterführende Schule vorgesehen, der verbleibende Teil als Schwerpunkt für eine Wohnbebauung. Die Finanzierung der notwendigen Einrichtungen zur Infrastruktur muss im Rahmen der Kosten- und Finanzierungsübersicht Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld aus den Einnahmen der Vermarktung dieser Flächen erfolgen. Die städtebauliche Konzeption für das Bornstedter Feld ist weitgehend abgeschlossen. Planungsrechtlich ist die städtebauliche Entwicklung des Bornstedter Feldes überwiegend durch Bebauungspläne und teils durch die bereits hergestellte Erschließung vorgegeben. Zur Vorbereitung des B-Planverfahrens "Rote Kaserne West" wurde im vergangenen Jahr ein städtebaulicher Wettbewerb für dieses Areal durchgeführt. Bereits mit dem Aufstellungsbeschluss zu v.g. B-Plan ist als Planungsziel die Schaffung von Wohnbauflächen ausgewiesen. Es war von vornherein klar, dass die Angebote im Volkspark nicht auf Dauer ausgelegt worden sind.

Herr Lehmann spricht weiterhin die Ergebnisse der Evaluierung aus dem Jahr 2011 an, deren Ergebnisse den Stadtverordneten mit der Mitteilungsvorlage 12/SVV/0830 vorgelegt worden sind.

Aus diesem Grunde sieht die Verwaltung den Antrag soweit es sich um den entwicklungsbedingten Bedarf im Bornstedter Feld handelt, als durch Verwaltungshandeln erledigt an.

Herr Lehmann bittet, das Bornstedter Feld nicht mit dem Potsdamer Norden zu verwechseln und informiert, dass der durch die Verwaltung beauftragte Entwicklungsträger untersuchen wird, wohin die Freizeitflächen verlagert werden könnten.

Herr Lehmann (CDU) greift die Ausführungen von Herrn Finken auf und betont, dass sich die Bürgerinitiative gebildet und bereits 1500 Unterschriften gesammelt habe. Aus diesem Grund bittet er mit dem Antrag an eine sensible Prüfung, ob ein "mehr" möglich ist, vorzunehmen.

Den Antrag bittet Herr Lehmann abzustimmen.

Herr Klipp nimmt Bezug auf die 1500 Unterschriften, die gegen die "Einschnürung des Volksparkes" eingeholt worden sind. Er vertritt die Auffassung, dass vielen die historischen Zusammenhänge (Ausgangsplanung, dieses Gebiet zu bebauen und die Konsequenzen auf die Kosten/Finanzierung der Entwicklungsmaßnahme) nicht bekannt sei. Die gegenwärtigen Nutzungen für Grillplätze, Beachvolleyball etc. stellen nur eine Zwischennutzung dar. Herr Klipp bestätigt die Aussage von Herrn Lehmann, dass der Entwicklungsträger nach anderen Flächen sucht, um die v.g. Nutzungen dauerhaft unterzubringen.

Herr Klipp betont nochmals, dass die mit dem Antrag gewünschte Unterbringung nicht entwicklungsbedingte Maßnahmen betrifft. Eine Umsetzung hätte zur Folge, dass Einnahmen aus der Entwicklungsmaßnahme (aus dem geplanten Wohnungsbau) fehlen würden.

Bzgl. des Zeitplanes zur weiterführenden Schule informiert Herr Klipp, dass es ein VOF-Verfahren gegeben hat und derzeit vom Kommunalen Immobilien Service bereits eine Ausführungsplanung erarbeitet wird. Der Baubeginn ist für nächstes Jahr vorgesehen, jetzt geht es nur noch um die Klärung letzter Details.

Frau Hüneke ruft den Ausschussmitgliedern ins Gedächtnis, dass die von Herrn Klipp angesprochene Schulplanung bereits im Ausschuss vorgestellt worden ist. Im Hinblick auf die Aussage der Verwaltung, dass der Entwicklungsträger auf der Suche nach Ersatzflächen für die gegenwärtigen Zwischennutzungen ist, sieht sie die Antragsintention ebenfalls als erfüllt an.

Auch Herr Heuer teilt diese Meinung und erinnert daran, dass der Antragsinhalt bereits im vergangenen Jahr aufgrund eines Antrages der SPD-Fraktion diskutiert worden ist und im November 2012 zu einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung geführt habe.

Der unveränderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister möge prüfen, wie sich die zurzeit in der Überarbeitung befindlichen Pläne (Schulentwicklungsplan und Sportentwicklungsplan) im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Bornstedter Felds in einen zu erstellenden B-Plan Quartier „Rote Kaserne West“ als Alternative zu den vorliegenden Ideen einfügen lassen. Ebenso sind die Prüfung des Infrastrukturbedarfs für das Entwicklungsgebiet und die Zukunft der Biosphäre zu berücksichtigen

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	2
Ablehnung:	6
Stimmhaltung:	2

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.



**zu 3.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 "GeoForschungsZentrum Potsdam", Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung und Ergänzung  
Vorlage: 13/SVV/0029  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
KOUL**

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Planungsziel ist die Schaffung von Baurecht auf einer im südwestlichen Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gelegenen Fläche, um den dringend benötigten Raumbedarf decken zu können. Vorgesehen ist die bauliche Vergrößerung des kammartig strukturierten Gebäudekomplexes im nördlichen Teil des Telegrafenberges. Das Vorhaben greift teilweise in das Landschaftsschutzgebiet (LSG) ein, so dass das LSG-Ausgliederungsverfahren im Aufstellungsbeschluss aufgenommen worden ist. Die Abstimmung mit der Unteren und Oberen Naturschutzbehörde sowie der Forstbehörde ist erfolgt.

Der KOUL-Ausschuss hat der Vorlage ungeändert zugestimmt.

Herr Jäkel bittet die Aussage von Frau Holtkamp, dass dies die letzte Erweiterungsfläche ist, für die in den Waldbestand oder das Landschaftsschutzgebiet eingegriffen werden muss, protokollarisch festzuhalten.

Die unveränderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 2 "GeoForschungsZentrum Potsdam" ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in einem 1. Änderungs- und Ergänzungsverfahren zu ändern, der Durchführungsvertrag ist entsprechend anzupassen (siehe auch Anlage 1).
2. Eine Entscheidung über die Priorität für dieses Bauleitplanverfahren entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung soll im Rahmen der parallel in die Stadtverordnetenversammlung eingebrachten Beschlussvorlage zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>9</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.5      Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 42-1**  
**Vorlage: 13/SVV/0058**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
KOUL

Frau Hüneke bringt den Antrag ein. Sie sieht in den Bebauungsabsichten in der Nachbarschaft der denkmalgeschützten Siedlung eine große Einschränkung auch für die Anwohner und bittet mit ihrem Antrag den Wohnungsbau zuzulassen, aber dennoch den Charakter des Gebietes zu bewahren.

Herr Lehmann (Stadterneuerung) berichtet, dass der Grundstückseigentümer heute nochmals geänderte Bauantragsunterlagen eingereicht habe. Nach einer kurzen Durchsicht kann aus dem Lageplan entnommen werden, dass das relativ dichte Heranrücken an die Grundstücksgrenze zurückgenommen worden ist. Zur Höhenentwicklung kann im Moment noch nichts gesagt werden, es gelte aber die im B-Plan festgesetzte maximale Gebäudehöhe. Mit der veränderten Planung wurde ausdrücklich auf die Empfehlungen des Gestaltungsrates und die Äußerungen von Nachbarn reagiert.

Frau Hüneke ergänzt aus einem Gespräch mit dem Bauherren, dass die Oberkante 12,50 m nicht überschreiten wird.

Es erfolgt die Information, dass der KOUL-Ausschuss den Antrag abgelehnt hat.

Frau Hüneke signalisiert, dass sie den Antrag zurück ziehen wird.

**zu 3.6      Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 124**

**Titel vom Antragssteller geändert:**  
**"Aufstellungsbeschluss für die Änderung der Bebauungspläne Nr. 9 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam- Nord/Friedrichspark Teilbereich Uetz-Paaren" (OT Uetz-Paaren) und Nr. 7 "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn" (OT Satzkorn)"**  
**Vorlage: 13/SVV/0059**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
KOUL

Frau Neuert (BI Friedrichs Acker) informiert über das bereits im vergangenen Herbst entwickeltes Positionspapier und geht erläuternd auf einzelne Punkte ein (sh. Tischvorlage).

Frau Hüneke bringt den Antrag ein. Ihres Erachtens sei der frühere Beschluss städtebaulich nicht verträglich. Der Antrag stellt darauf ab, teilweise im Baugenehmigungsverfahren oder auf der Ebene des Bebauungsplanes zu klären, wie den Anregungen der Anwohner entsprochen werden kann bzw. über die mögliche Bebauung nachzudenken.

Herr Heuer bringt die geltende Beschlusslage vom 22.8.2012 in Erinnerung. Unter dem 3. Punkt, wird der OBM beauftragt, "mit den betroffenen Anwohnern die konkrete Umsetzung der Änderung des B-Planes und auf der Grundlage des konkreten Bauantrages die Maßnahmen zur Konfliktminimierung zu beraten. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen wird über die gefundene Lösung informiert." Für ihn ist es jetzt nicht nachvollziehbar, dass eine erneute Diskussion geführt werden soll.

Herr Jäkel unterstützt die Berücksichtigung der Belange der Anlieger. Aufgrund des falschen Antragstitels und der offenen Frage, was zusätzlich zu dem bestehenden Beschluss jetzt noch sinnvoll ist erneut auf den Weg zu geben, regt er die Zurückstellung des Antrages an. Ggf. könnte eine durch die Antragstellerin geänderte Fassung in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass im Moment noch kein Bauantrag vorliegt.

Herr Pfrogner begrüßt das Engagement der Bürger.

Frau Hüneke äußert zu dem Hinweis von Herrn Heuer, dass es damals um Schadensbegrenzung gegangen sei. Jetzt gehe es um die Chance, etwas besser zu machen. Wenn das Vorhaben nicht kommen sollte, etwas städtebaulich besseres in die Wege zu leiten.

Herr Klipp erinnert, dass es aus den früheren Gemeinden festgesetzte Bebauungspläne mit Baurechten gebe. Der Vorschlag der Bürgerinitiative würde Schadensersatzansprüche auslösen, da sie einen massiven Eingriff in bestehende Baurechte darstellen.

Da es keinen konkreten Bauantrag gibt, besteht keine Notwendigkeit zu Aktivitäten oder für ein Gespräch mit der Bürgerinitiative, da der B-Plan auch nur für ein konkretes Bauvorhaben geändert werden muss. Kommt kein Bauantrag, bleibt der B-Plan, wie er ist..

Frau Hüneke stellt den Antrag bis zur Sitzung am 12.3.2013 zurück.

**zu 4        Haushalt**

**zu 4.1     Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014**

**Vorlage: 13/SVV/0043**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Herr Weise (Geschäftsstelle Bauen) erläutert die wesentlichen Schwerpunkte bei den Aufwendungen und Erträgen im Ergebnishaushalt 2013/2014 des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung und Bauen.

Weiterhin macht Herr Weise kurze Ausführungen zu den wesentlichen Schwer-

punkten der Einzahlungen und Auszahlungen im Investitionshaushalt 2013-2014.

Des Weiteren erläutert Herr Weise die Sachstände zu den haushaltsbegleitenden Beschlüssen „DS 06/SVV/0665 Strategie und Konzept zum weitestgehenden Erhalt von Natursteinpflasterstraßen“ sowie „ DS 09/SVV/0746 Wettbewerbe für Planungen und Bauvorhaben“.

Die Information zum Ergebnishaushalt 20103/2014 bzw. zum Investitionsprogramm 2013 - 2014 einschließlich der haushaltsbegleitenden Beschlüsse des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung und Bauen werden als Anlage zum Protokoll als PDF Datei an die SB Ausschussmitglieder ausgereicht.

Herr Schütt fragt zur Maßnahme „Gartenstadt Drewitz“ nach, ob es sich bei den erwähnten EFRE-Mitteln um neu zu beantragende Mittel handelt oder ob diese EFRE-Mittel der laufenden Förderperiode zuzurechnen sind.

Herr Weise erläutert, dass es sich bei den EFRE-Mitteln um Mittel aus der laufenden Förderperiode handelt. Darüber hinaus sind jedoch die Bemühungen im Gange, für die Fortführung des prioritären Projekts Gartenstadt Drewitz auch EFRE-Mittel in der neuen Förderperiode anzumelden. Eine weitergehende Einschätzung hierzu kann derzeit für die neue EFRE-Förderperiode noch nicht getroffen werden.

Herr Kutzmutz gibt an alle Mitglieder den Hinweis, dass die ausgereichte SVV-Information 2013/2014 dann in den einzelnen Fraktionen diskutiert werden kann. Evtl. Rückfragen können dann in der SB-Ausschusssitzung am 12.03.2013 zum Tagesordnungspunkt Haushalt gestellt werden.

#### **zu 4.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013**

##### **Vorlage: 13/SVV/0030**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass der Werksausschuss KIS der Vorlage zugestimmt hat.

Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder erfolgen nicht.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2013.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>10</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

**zu 4.3      Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept)**

**Vorlage: 13/SVV/0045**

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung  
Mitteilungsvorlage

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1        Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom  
24.1.2013 bis 06.02.2013**

Bereich Bauordnung

Aus der Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 24.01.2013 bis  
06.02.2013 wird zu folgenden Vorhaben um Information gebeten:

Lfd. Nr. 1 – Heinrich-Mann-Allee (Frage, wo genau?)

Lfd. Nr. 32 – Am Drachenberg 1

Lfd. Nr. 38 – Berliner Str. 86

Lfd. Nr. 42 – Nedlitzer Straße

Lfd. Nr. 29 – Ritterstr.

Lfd. Nr. 25 – Bertinistr.

Lfd. Nr. 34 – Lennéstr. 64A

Lfd. Nr. 44 – Geschwister-Scholl-Str. 55, 56, 57, 58, 59 (Frage: wird kleingärtnerische Nutzung aufgegeben?)

Die Vorstellung der Vorhaben erfolgt in der Sitzung am 12.3.2013.

**zu 6            Sonstiges**

keine